

12.37

Abgeordnete Dipl.-Ing. Olga Voglauer (Grüne): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Spoštovana Visoka Hiša! Spoštovani poslušalci doma! Dragi otroci! Dass ich hier in meiner Muttersprache sprechen kann, das geht, weil wir rechtsstaatlich dafür Sorge getragen haben, dass in Österreich autochthone Volksgruppen geschützt sind. Auf Deutsch in Südtirol zu sprechen, autonom verwaltet zu sein, sein Zuhause, seine Heimat selbst zu gestalten, auch das beruht auf Rechtsstaatlichkeit.

All das kann man nicht in einem Dreiwortsatz erklären, Kollegin Belakowitsch und Kollege Wurm, das kann man auch nicht mit hergeholten historischen Wahrheiten erklären (*Zwischenruf des Abg. Rauch*), sondern dahinter steht schon ein viel längerer Prozess. Die Streitbeilegung 1992 ist wirklich modellhaft: Dass man es geschafft hat, die Frage Südtirols aus österreichischer Sicht über Bruno Kreisky vor die UNO zu bringen, ist fast einzigartig. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Rauch.*) Die Vereinten Nationen anzurufen, zu helfen, quasi auf einem neutralen Boden diesen Vertrag auszuverhandeln, diese Autonomie Südtirols zu stärken, das ist historisch, das ist ein Modell, auf das man politisch stolz sein kann. (*Beifall bei den Grünen sowie des Abg. Brandstätter.*)

Es ist natürlich der Friedensvertrag von Saint-Germain von 1919, der diese Grenze schrieb. Gerade heute Vormittag aber haben wir gehört, dass auch die Ukraine nach einem schlimmen Krieg, nach einer Auseinandersetzung in Friedensverhandlungen treten wird. Man wird den Frieden verhandeln, man wird wieder eine Zeit der freien Ukraine erleben. Das war auch 1919 so. Das, was für Südtirol eine schlimme Grenzziehung war, war für andere Volksgruppen in Österreich der Grundstein dafür, dass man bei uns zu Hause auf neuen Rechten, auf verbrieften Rechten baut, um sich in diesem Österreich sicher zu fühlen.

Doch gehen wir weiter! Es wurde heute schon angesprochen: 1946 der Gruber-De-Gasperi-Vertrag, das Abkommen von Paris, 1960 diese Agenda letztendlich vor die UNO zu bringen, 1972 das Zweite Autonomiestatut und der Name Südtirol – Südtirol hat 1972 seinen Namen zurückbekommen, und wie bedeutend das ist, habe ich mir sehr oft von Südtiroler Kolleginnen und Kollegen erzählen lassen –, 1992 die Streitbeilegung. All das waren keine ruhigen Zeiten, und sie waren nicht nur durch Ihre viel zitierten Freiheitskämpfer geprägt, liebe KollegInnen der FPÖ. (*Abg.*

Belakowitsch: *Das ist das Thema heute!*) Nein, das waren Zeiten, die in ganz Europa davon geprägt waren, dass sich nationale Minderheiten um ihre Rechte bemüht haben

(Abg. **Belakowitsch**: *Die Südtiroler sind keine Minderheit!*), um ihre Rechte gekämpft haben, und es ist zu wenig weit gegriffen, nur auf Südtirol zu schauen. Schauen wir auf die Korsen, schauen wir auf die Basken, schauen wir zum Beispiel auf die Kärntner Sloweninnen und Slowenen! (Abg. **Belakowitsch**: *Es ist trotzdem Südtirol das Thema!*) 1972, eine Zeit, in der Kärnten pogromartig im Ortstafelsturm versunken ist: Das war auch eine politische Stimmung in Österreich. Was ist da gelungen? – Es ist gelungen, sich auch über die Mehrheiten der Regierungsparteien hinweg hier in diesem Parlament für die Südtirolerinnen und Südtiroler einzusetzen. Das ist vorbildlich, und wir sehen das auch europaweit.

Vor Kurzem war der Minority Safepack letztendlich als Volksbegehren in der gesamten EU aufgelegt. Mehr als 1,4 Millionen Europäerinnen und Europäer haben diesen Minority Safepack unterschrieben, und trotzdem wurde er 2021 von der Europäischen Kommission nicht angenommen. Worum geht es in diesem Minority Safepack? – Genau darum, dass die Kopenhagener Kriterien, die jeder erfüllen muss, wenn er der Europäischen Union beitreten möchte – da geht es um Minderheitenschutz –, ja nicht damit erfüllt sind, dass man der Europäischen Union beitrifft, sondern wir sind auch in der Europäischen Union gefordert, Minderheiten- und Volksgruppenrechte voranzutreiben, weiterzuentwickeln, denn der Rechtsstaat bleibt nicht stehen, auch Rechtssprüche werden weiterentwickelt, dasselbe gilt für Minderheitenrechte. Es ist uns leider nicht gelungen, für die 340 autochthonen Minderheiten in Europa auch einen entsprechenden Minority Safepack zu verankern.

Ich bin zuversichtlich, dass uns zukünftig – durch die starke Stimme Südtirols für die Minderheiten in Europa – auch da eine Weiterentwicklung gelingen wird, denn letztendlich gehört die Frage der nationalen Minderheiten auch auf europäischer Ebene gelöst. – Danke schön. (*Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

12.42

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Helmut Brandstätter. – Bitte.